

## Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage Nr. 1777  
des Abgeordneten Dr. Andreas Bernig  
Fraktion der Linkspartei.PDS  
Drucksache 4/4538

### Freie Heide, freie Zahlen

Am 08.04.2007 fand in Fretzdorf der traditionelle Ostermarsch der Bürgerinitiative FREIE HEIDE statt. Wie sich auch der Ministerpräsident, der traditionell teilnahm und als Verfechter für die friedliche Nutzung der Heide ein Grußwort sprach, überzeugen konnte, ist der Protest in den letzten Jahren stetig gewachsen und wie immer durch und durch friedlich verlaufen. In diesem Jahr war allerdings eine erhebliche Abweichung bei den gemeldeten Teilnehmerzahlen festzustellen. So meldeten die Veranstalter 10.000 und die Polizei 3.000 Demonstranten. So wurde es auch in vielen überregionalen Medien verbreitet. "Dass es aber weit mehr als die von der Polizei angegebenen 3.000 Teilnehmer waren, konnte jeder Beteiligte mit bloßen Auge erkennen." titelte zum Beispiel der Dosse Kurier.

Da eine zu niedrige Teilnehmerzahl das Bemühen der Bombodromgegner und auch der Landesregierung um eine Freie Heide diskreditieren kann, frage ich die Landesregierung:

1. Wie werden die Teilnehmerzahlen solcher Veranstaltungen durch die Polizei ermittelt?
2. Wer hat die Schätzung bei der Polizei vorgenommen?
3. Gab es bei der Ermittlung der Teilnehmerzahl eine Abstimmung mit dem Veranstalter?
4. Welche Zahl ist den Medien durch die Polizei übermittelt worden?
5. Wer hat diese Zahl den Medien übermittelt?
6. Wie viele Einsatzkräfte der Polizei in Uniform und Zivil waren bei diesem Ostermarsch im Einsatz?
7. Wie bewertet die Landesregierung den Ostermarsch der Bürgerinitiative FREIE HEIDE vor dem Hintergrund der Äußerungen des Kommandanten des Truppenübungsplatzes Wittstock, Wolfgang Engel, der sich gegenüber der MAZ wie folgt geäußert hat: " Als Soldat enttäuscht mich das sehr, wenn von der politischen Führung an solchen Veranstaltungen teilgenommen wird".

Datum des Eingangs: 30.05.2007 / Ausgegeben: 04.06.2007

Namens der Landesregierung beantwortet der Minister des Innern die Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1:

Wie werden die Teilnehmerzahlen solcher Veranstaltungen durch die Polizei ermittelt?

zu Frage 1:

Die Polizei erhebt die Teilnehmerzahlen derartiger Veranstaltungen durch Zählung bzw. Schätzung (bei Großveranstaltungen) der anwesenden Teilnehmer.

Frage 2:

Wer hat die Schätzung bei der Polizei vorgenommen?

zu Frage 2:

Die Teilnehmerzahl bei der in Rede stehenden Versammlung wurde durch den Polizeiführer geschätzt.

Frage 3:

Gab es bei der Ermittlung der Teilnehmerzahl eine Abstimmung mit dem Veranstalter?

Frage 4:

Welche Zahl ist den Medien durch die Polizei übermittelt worden?

Frage 5:

Wer hat diese Zahl den Medien übermittelt?

zu den Fragen 3 bis 5:

Der Schutzbereich Ostprignitz-Ruppin veröffentlichte im Rahmen einer Pressemitteilung, dass ca. 3.000 Personen an der o. g. Versammlung teilnahmen.

Die polizeiliche Schätzung von Teilnehmerzahlen weicht in vielen Fällen erheblich von der Einschätzung des Veranstalters ab. Eine Abstimmung mit dem Veranstalter ist deshalb erfahrungsgemäß wenig Erfolg versprechend und wird in der Regel, wie auch im vorliegenden Fall, nicht vorgenommen.

Frage 6:

Wie viele Einsatzkräfte der Polizei in Uniform und Zivil waren bei diesem Ostermarsch im Einsatz?

zu Frage 6:

Im Rahmen der anlassbezogenen polizeilichen Maßnahmen des Schutzbereiches Ostprignitz-Ruppin wurden insgesamt 43 Polizeibedienstete (davon zwei in bürgerlicher Kleidung und 41 in Uniform) eingesetzt.

Frage 7:

Wie bewertet die Landesregierung den Ostermarsch der Bürgerinitiative FREIE HEIDE vor dem Hintergrund der Äußerungen des Kommandanten des Truppenübungsplatzes Wittstock, Wolfgang Engel, der sich gegenüber der MAZ wie folgt geäußert hat: "Als Soldat enttäuscht mich das sehr, wenn von der politischen Führung an solchen Veranstaltungen teilgenommen wird".

zu Frage 7:

Der Landesregierung ist nicht bekannt, ob der Kommandant des Truppenübungsplatzes bei o. g. Zitat seine persönliche Meinung oder den Standpunkt des Bundesministeriums der Verteidigung vertreten hat. Insofern erfolgt keine Bewertung durch die Landesregierung.